

An die Mitglieder der Kommission für
Staatspolitik und Strategie
des Grossen Rates des Kantons Graubünden

Chur, 17. Mai 2011

Erarbeitung von Grundlagen für das Regierungsprogramm 2013-2016 und den Finanzplan 2013-2016; Kommissionsarbeit

Sehr geehrte Damen und Herren Grossräte

Die Kommission für Staatspolitik und Strategie des Grossen Rates erarbeitet gegenwärtig die Grundlagen für das Regierungsprogramm und den Finanzplan 2013-2016. Die Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden (Bündner Gewerbeverband, Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden, hotelleriesuisse Graubünden) vertreten zusammen mehr als 7000 Unternehmen in Graubünden aus den verschiedensten Branchen. Die drei Verbände setzen sich regelmässig mit der wirtschaftspolitischen Situation im Kanton Graubünden auseinander. Wir erlauben uns, Ihnen unsere Überlegungen zu unseren Schwerpunkten rechtzeitig zukommen zulassen und hoffen auf eine gute Aufnahme unserer Anregungen in Ihre Kommissionsarbeit.

Alle Anstrengungen der Politik müssen darauf hinaus laufen, dass Graubünden auch in Zukunft ein attraktiver und **eigenständig handlungsfähiger Wirtschafts- und Lebensraum bleibt**. Um dieses Ziel zu erreichen, muss im Durchschnitt ein jährliches Wirtschaftswachstum von 2 % erreicht werden. Nur wenn diese hohe Latte übersprungen werden kann, darf davon ausgegangen werden, dass die Bevölkerungszahlen und der heutige Standard in Graubünden gehalten werden können. Aus Sicht der Dachorganisationen der Wirtschaft ist prioritär in den folgenden fünf Bereichen auf die Sektoralpolitik Einfluss zu nehmen.

1. Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit

1.1 Stärkung aller regionalen Wirtschaftsmotoren

Die Wirtschaftsmotoren mit der höchsten Wertschöpfung sind in allen Regionen zu fördern und zu stärken. Dabei ist von einer weitgefassten Interpretation auszugehen. **Wirtschaftsmotoren sind Branchen, mit denen es möglich ist, Mittel ausserhalb des Kantons in den Kanton fliessen zu lassen.** Für die meisten Regionen wird der Tourismus im Vordergrund stehen, aber auch die Verwertung der Energie oder natürlicher Ressourcen wie Wasser und Holz. Selbst Bildung und Gesundheit kann dazu zählen. Vor allem im Bündner Rheintal lässt sich die überproportional hohe Wertschöpfung aus den Industrie- und Dienstleistungsexporten ableiten. **Wirtschaftspolitische Eingriffe müssen das Ziel haben, diese Branchen zu stärken.**

1.2 Abbau von Regeln und Vorschriften

KMU leiden an einer Vielzahl von Reglementierungen und Vorschriften. Staatliche Regulierungen kosten die KMU mehr als bisher angenommen. Eine Studie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG, die im Auftrag des Schweizerischen Gewerbeverbandes verfasst wurde, beziffert die Regulierungskosten in den Bereichen Arbeitsschutz, Sozialversicherungen und Lebensmittelhygiene auf vier Milliarden Franken. **Der Kanton Graubünden muss darauf hinwirken, Regulierungskosten in allen Bereich, in denen er autonom ist, massiv zu reduzieren und über eine bürgernahe Verwaltung zu verfügen.** Im Vordergrund stehen Vereinfachungen in Baubewilligungsverfahren, wo auch neue Wege in der Zusammenarbeit mit den Bundesbehörden beschritten werden können. So zeigt das Beispiel Andermatt, das mit einem neuartigen zweistufigen Bewilligungsverfahren die Suche nach Investoren vereinfacht werden kann. Zudem fordern wir, dass in Graubünden ein USP (Unique Selling Proposition = Leistungsmerkmal, mit dem sich ein Angebot deutlich vom Wettbewerb abhebt) in Form der schnellsten Gründung von start-up Unternehmen geschaffen wird.

1.3 Anwendung des Ermessensspielraums durch die Vorgesetzten

Nicht selten ist festzustellen, dass gar nicht die oft gescholtene Gesetzgebung das Problem zur Überwindung schwer unüberbrückbarer Hindernisse ist. Viel öfter ist leider immer noch festzustellen, dass die Rechtsanwendung und damit der Vollzug Ursache des Problems ist. Würden vom obersten Chef bis zum letzten Sachbearbeiter in der kantonalen Verwaltung alle ihren eigenen Ermessensspielraum ausnutzen und über einen entsprechenden Gestaltungswillen verfügen, könnten viele administrative Hindernisse leicht beseitigt und der Wirtschaft sehr

viel geholfen werden. Eigentlich müsste die Verwaltung jeweils bei Begehren der Bürger aufzeigen, wie etwas geht und durchgesetzt werden kann. Oft ist es umgekehrt. Sie zeigt, weshalb etwas nicht geht. **Die Regierung und jeder Departementsvorsteher und die Departementsvorsteherin haben eine besondere Verantwortung. Wir würden es sehr begrüßen, wenn die Richtlinien zum Regierungsprogramm die Führungsverantwortung der Vorgesetzten beim Namen nennen würden.**

2. Finanzpolitik und Kantonshaushalt

2.1 Politik der tiefen Steuern bei gesundem Staatshaushalt

Es ist richtig und wichtig, dass der Kanton in den vergangenen Jahren v.a. die periodisch anfallenden Steuern kontinuierlich reduziert hat. Eine weitere Reduktion der Steuerbelastung bei juristischen und natürlichen Personen ist notwendig. Einerseits muss **ein Kanton wie Graubünden mit geringen Standortvorteilen steuermässig günstig sein, weil er nur wenig Alternativen hat, um mit anderen Regionen wettbewerbsfähig zu bleiben.** Ziel muss es deshalb sein, in der Steuerbelastung stets unter dem ersten Drittel aller Kantone zu sein. Andererseits sind tiefe Steuern ein Garant für eine stabile Fiskalquote. Regierung und Grosser Rat müssen nach wie vor bestrebt sein, den Staatshaushalt in Ordnung zu halten. Fehlende Einnahmen dürfen nicht durch Erhöhung von Kausalabgaben kompensiert werden. Da Gemeinden und Kanton ihre finanziellen Verpflichtungen nicht im Gleichschritt lösen können, müssen die gegenseitigen Abhängigkeiten in der Steuererhebung endlich abgelöst und einer nachhaltigen Lösung zugeführt werden.

2.2 Haushaltsdisziplin erhalten

Es ist nicht zu verkennen, dass Regierung und Grosser Rat in den Jahren seit Erlass des Sanierungsprogramms Sorge zum Finanzhaushalt getragen haben. Angesichts des beträchtlichen Eigenkapitals und der vielen Begehrlichkeiten, die unweigerlich damit zusammenhängen, ist unbedingt an der bisherigen Politik festzuhalten. **Konkret bedeutet dies, dass eine Neuverschuldung und Abgabenerhöhung ohne Einführung neuer Aufgaben nicht hingenommen werden darf ist.**

3. Verkehr

3.1 Verbesserung der Verkehrswege in die regionalen Zentren

Mit der Stärkung der Wirtschaftsmotoren (siehe 1.1.) einher geht die Forderung, dass der Verbesserung der Erschliessung der regionalen Zentren grosses Gewicht beizumessen ist. Für eine ausgewogene Entwicklung des Kantons sind Massnahmen, die in diese

Richtung zielen, unerlässlich. Allerdings sind auch diese Investitionen von einem „return-on-investment“ abhängig zu machen. **Die Förderung der Erschliessung hat sich auf regionale Zentren zu konzentrieren.** Erschliessungen, die einem Wunsch eines kleinen Teils der Bevölkerung entsprechen und – wenn überhaupt – nur einen geringen Rückfluss von Mitteln erwarten, dürfen nur noch untergeordnet vom Kanton mitfinanziert werden. Wir stehen ganz klar für eine „Stärkung der Starken“ ein und wenden uns entschieden gegen das Giesskannenprinzip.

3.2 Erhöhung der verkehrstechnischen Erreichbarkeit

Die Optimierung der überregionalen Verkehrsanbindung in die grossen Wirtschaftsräume der Schweiz und ins angrenzende Ausland ist für Graubünden von essentieller Bedeutung. Wir sprechen dabei angesichts der Planung für die nächsten wenigen Jahre nicht den visionären internationalen Verkehrsvorhaben das Wort sondern zielgerichteten Massnahmen wie Anbindung an den Halbstundentakt-Fahrplan der SBB, Reisezeitverkürzung nach Zürich oder Ausbau der Nationalstrassen in Graubünden.

4. Bildung

4.1. Verfügbarkeit von hochqualifizierten Personen erhöhen

Die aktuelle Situation auf dem Arbeitsmarkt ist bekannt. Die Schweizer Wirtschaft sucht verzweifelt hochqualifizierte, eher technisch orientierte Fachkräfte auf allen Ausbildungsstufen mit Berufslehr-, Fachhochschul- und Hochschulabschlüssen. Und weil sie diese Fachkräfte nicht erhält, versucht sie diese im EU-Raum zu decken. Das trifft auch für die hiesige Wirtschaft zu. Sie ist nicht nur heute sondern auch in Zukunft auf diese Fachkräfte angewiesen, die sie höchstens vorübergehend und das erst noch mehr schlecht als recht aus den gegenwärtigen Rekrutierungsländern holen kann. **Die Bündner Politik muss enorme Anstrengungen unternehmen, um mit anderen Kantonen, die ähnlich gelagerte Probleme, aber dank ihrer Nähe zu Universitäten oder Technischen Hochschulen bessere Möglichkeiten für adäquate Massnahmen haben, mithalten zu können.** Mit der HTW und den Höheren Fachschulen verfügt Graubünden über ausgezeichnete Weiterbildungsinstitute, die innovativ sind und über die Kantonsgrenzen Ausstrahlung entwickeln können, wenn sie die nötige ideelle und materielle Unterstützung finden. Die führenden Schulen vor allem auf den einheimischen Markt auszurichten, indem vor allem jener Bedarf gedeckt werden soll, der vor Ort benötigt wird, mag aus rein finanzieller Sicht auf den ersten Blick bestechend sein. Lang-, möglicherweise schon mittelfristig, dürfte eine solche Strategie verheerende Konsequenzen haben und die Schulen in ihrer Existenz gefährden. Leuchtturmfunktionen sind unumgänglich. Ohne sie gelingt es nicht qualifizierte Lehrkräfte zu halten oder langfristig über ausreichende

Studentenzahlen zu verfügen. Mit der starken Unterstützung dieser Institute trägt Graubünden dazu bei, im Kräfterennen um qualifizierte Personen mithalten zu können,

4.2 Gewährleistung der Gleichbehandlung von beruflicher Grundbildung mit der gymnasialen Bildung

Rund zwei Drittel aller Schulabgänger aus der Volksschule wählen heute in Graubünden den Weg über die Berufsbildung. In den geburtenstarken Jahren hat die Bündner Wirtschaft trotz Rezession die Anzahl der Lehrverhältnisse ausgebaut und damit einen wesentlichen Teil der Verantwortung gegenüber der Gesellschaft wahrgenommen. Waren 1994 leicht über 4000 Lehrverhältnisse in Kraft, waren es 2009 über 6000. Diese Situation wird sich aus den bekannten demografischen Gründen rasch ändern. Damit wird sich die Wirtschaft auseinandersetzen haben und mit attraktiven Berufsfeldern die Jugendlichen für die Berufslehre zu begeistern suchen. Gesellschaftspolitisch motivierte Vorurteile für das Gymnasium und gegen die Berufslehre müssen entkräftet werden. **Die Wirtschaft ist insofern auf die Politik angewiesen, als dass sie eine frühzeitige Weichenstellung im Verhältnis von gymnasialer zu beruflicher Ausbildung fordert.** Konkret bedeutet dies, dass die heutige Maturitätsquote von 21,1 Prozent (Durchschnitt der Schuljahre 2003/04 – 2010/11) keinesfalls überschritten werden darf, würde doch nicht verstanden, dass im „Wettstreit um die Jugendlichen“ die gymnasiale Ausbildung bevorzugt würde. Die Gleichbehandlung von beruflicher Grundbildung und gymnasialer Bildung zieht eine markante Reduktion der Anzahl Mittelschüler nach sich (2003/04: 2915 Schüler; 2022/23: 2015 Schüler). Da die Reduktion bereits in den nächsten Jahren einsetzt und sich vor allem die regionalen privaten Mittelschulen darauf einzurichten haben, ist es wichtig, dass die Richtlinien zum Regierungsprogramm zu den Konsequenzen klare Aussagen machen.

5. Reformen

5.1 Vereinfachung der staatlichen Organisationsstrukturen

Die Dachorganisationen der Wirtschaft haben sich mit der Unterstützung der Initiative eines überparteilichen Komitees geäußert, in welche Richtung ihrer Ansicht nach die Gebietsreform in Graubünden gehen sollte. Auch wenn diese Ansicht nicht geteilt wird, ist offensichtlich, dass der Handlungsbedarf gross und der Druck auf eine umfassende Gebietsreform hoch zu halten ist. **Im Minimum sind die relevanten Gesetzgebungen darauf auszurichten, nicht fusionswillige Gemeinden über Kürzung von Subventionen zu strafen.**

Wir hoffen, Ihnen sehr geehrte Damen und Herren Grossräte, einige Anregungen für Ihre Kommissionsarbeit gegeben zu haben. Für Rückfragen stehen wir jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden

Bündner Gewerbeverband

Urs Schädler
Präsident



Jürg Michel
Direktor



Handelskammer und Arbeitgeberverband GR

Ludwig Locher
Präsident



Dr. Marco Ettisberger
Sekretär



Hotelierverein Graubünden

Andreas Züllig
Präsident



Dr. Jürg Domenig
Geschäftsführer



Kopie zK. Regierungspräsident Dr. Martin Schmid